

10.04.2019 – 09:20 Uhr

Städteverband beurteilt institutionelles Abkommen weitgehend positiv

Bern (ots) -

Der Vorstand des Schweizerischen Städteverbandes SSV beurteilt das institutionelle Abkommen zwischen der Schweiz und der EU weitgehend positiv. Insbesondere die institutionellen Mechanismen bilden eine zukunftsfähige Grundlage für die Weiterentwicklung der bilateralen Beziehungen mit der EU. Sie tragen wesentlich zur Rechts- und Planungssicherheit für Politik und Wirtschaft bei und konsolidieren das bisherige Vertragswerk. Ungenügend ist für den SSV-Vorstand das Verhandlungsergebnis im Bereich der flankierenden Massnahmen und der Unionsbürgerrichtlinie. Zudem ortet er offene Fragen bei den staatlichen Beihilfen.

Städte und Agglomerationen sind auf stabile und berechenbare Beziehungen mit der EU angewiesen - nicht nur in wirtschaftlicher, sondern auch in gesellschaftlicher und kultureller Hinsicht. Vor diesem Hintergrund liegt es im Interesse der Mitglieder des Städteverbandes, mit einem institutionellen Abkommen eine Basis für die Sicherung und Weiterentwicklung zu schaffen. Deshalb setzte sich der Vorstand des Städteverbandes vertieft mit dem vorliegenden Verhandlungsergebnis zum institutionellen Abkommen auseinander und erläuterte seine Position gestern Staatssekretär Roberto Balzaretti.

Institutionelle Mechanismen zufriedenstellend und zweckmässig

Die sogenannten institutionellen Mechanismen zu Fragen der Rechtsentwicklung, Überwachung und Streitbeilegung erachtet der Vorstand als zufriedenstellend und zweckmässig. Die Schweizer Entscheidungsprozesse bleiben gewahrt und bei Streitigkeiten bleibt der Entscheid trotz Beurteilung des EuGH dem paritätischen Schiedsgericht vorbehalten.

Ungenügend erachtet der Vorstand das Verhandlungsergebnis im Bereich der flankierenden Massnahmen und der Unionsbürgerrichtlinie. In diesen sozialpolitisch sensiblen Fragen braucht es nach seiner Auffassung noch einmal vertiefte Abklärungen sowie Gespräche mit der EU. Bei der Frage der staatlichen Beihilfen erwartet der Vorstand, dass der Bundesrat die Regelungen so ausgestaltet, dass die Aktivitäten von Städten und Gemeinden sowie ihren Betrieben und Institutionen nicht eingeschränkt werden.

Verhandlungsergebnis sichern und weitere Gespräche führen

Der Vorstand des Städteverbands empfiehlt dem Bundesrat, das Verhandlungsergebnis im Kernbereich der institutionellen Mechanismen in einem Abkommen mit der EU abzuschliessen und zu sichern. Bei den flankierenden Massnahmen, der Unionsbürgerrichtlinie und den staatlichen Beihilfen braucht es nach Auffassung des SSV-Vorstandes hingegen weitere Gespräche und zusätzliche Abklärungen. Diese sollen unverzüglich an die Hand genommen werden und können u.U. in einer separaten Rechtserklärung geregelt werden.

Kontakt:

Nationalrat Kurt Fluri, Präsident Städteverband,
Stadtpräsident Solothurn, 079 415 58 88.
Sami Kanaan, Vizepräsident Städteverband,
Stadtpräsident Genf, 079 204 30 12.
Elisabeth Ackermann, Vorstand Städteverband,
Regierungspräsidentin Basel-Stadt, 061 267 80 45.